



PROJEKTBERICHT
Ernährungssouveränität
von Uta Grunert, Juli 2018

INHALT

BRASILIEN DROHT DIE RÜCKKEHR AUF DIE FAO-LANDKARTE DES HUNGERS	2
SCHWERPUNKTTHEMA: KAMPF GEGEN AGRARGIFTE UND GENTECHNIK XXL	3
TROCKENBLUMENPFLÜCKER*INNEN DER SERRA DO ESPINHAÇO KÖNNEN SCHUTZSTATUS EINES GLOBALEN WELTERBES FÜR TRADITIONELLE AGRARSYSTEME BEI DER FAO ERLANGEN	5
BITTERSÜßES STEVIA – GUARANÍ KÄMPFEN GEGEN BIOPIRATERIE	7
BEWEGUNG DER KLEINFISCHEREI DRÄNGT AUF RECHTLICHE ANERKENNUNG UND UNTERSTÜTZUNG	8
EUROPÄISCHES PARLAMENT UNTERSTÜTZT ERKLÄRUNG DER KLEINBAUERNRECHTE	9
FIAN - STUDIE ZU FINANZVERBINDUNGEN ZWISCHEN LANDGRABBING IN MATOPIBA-REGION UND INVESTITIONEN VON EUROPÄISCHEN PENSIONS KASSEN	9
AKTUELLES VON KOBRA	10

Brasilien droht die Rückkehr auf die FAO-Weltkarte des Hungers

Die Weltkarte des Hungers¹ ist seit 1990 ein alarmierender Indikator der FAO (Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO) in Rom. Die Institution wird von dem Brasilianer José Graziano da Silva geleitet. Brasilien war 2013 nach einer Politik erfolgreicher Sozialprogramme von dieser Liste gestrichen worden, weil weniger als 5% der Bevölkerung als unterernährt eingestuft wurden. Das Bild vom Norden und Nordosten als Armenhaus des Landes, vernachlässigt von staatlicher Aufmerksamkeit, schien gebannt. Das Null-Hunger-Programm, das unter Lula 2003 gestartet worden war, zahlte sich aus.

Heute tauchen Armut und Hunger wieder als drohende Szenarien auf². 2,5 Millionen Brasilianer*innen fürchten das erneute Abrutschen in die unterste Armutskategorie. Der Sparkurs der neoliberalen Regierung Temer trifft soziale Programme besonders hart. Die Koordination für den Semiariden Raum ASA und weiteren 19 NGOs des Nordostens wenden sich daher mit ihrer Analyse besorgt an die FAO: 1,1 Millionen Familien wurde die staatliche finanzielle Transferleistung *Bolsa familia* (Sozialhilfe) gestrichen. Die Mehrzahl der betroffenen 4,3 Millionen Personen sind Kinder. Ende März hatten Wissenschaftler*innen von den Gesundheitsorganisationen Fiocruz³ und der Escola Nacional de Saúde Pública Sérgio Arouca (ENSP) ermittelt, dass zwischen 2014 und 2016 die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben von 5.162 Millionen auf annähernd 10 Millionen angestiegen ist. Die Situation im Norden und Nordosten wäre noch gravierender, hätte es in der jüngeren Vergangenheit nicht Programme zum Zisternenbau, die Sozialhilfe *Bolsa familia*, oder kleinbäuerliche Subventionsleistungen wie *Seguro-Safrá* und *Aposentadoria rural* gegeben.

Armut- und Hunger sind die Folgen extremer Ungleichheit. Obwohl Brasilien einer der größten Produzenten für Nahrungsmittel für den Weltmarkt ist, leiden laut Angaben des Statistikinstituts IGBE 3% der Bevölkerung an Unterernährung. Gleichzeitig deckt die Produktion kleinbäuerlicher Landwirtschaft 70% des Nahrungsmittelbedarfs der brasilianischen Bevölkerung. Der Kleinbauernverband MPA⁴ beklagt, dass die Regierung Temer den kleinbäuerlichen Sektor sträflich vernachlässige. Unter der aktuellen Regierung wurden Programme zur Sicherung der Ernährungssouveränität in strukturschwachen Gebieten drastisch zusammengestrichen: Das Programm zur Schulspeisung *Programa Nacional de Alimentação Escolar* (PNAE) und das Programm zur Nahrungsversorgung aus kleinbäuerlicher Produktion für Gefängnisse, Krankenhäuser und Schulen *Programa de Aquisição de Alimentos* (PAA). Laut Angaben der Vertretung für NGOs des semiariden Raums ASA wurde das Programm PAA 2017 um 40% gekürzt. Statt 91.700 Menschen konnte das Programm nur noch 41.300 Personen erreichen. Im Gegenzug stieg die Arbeitslosigkeit exponentiell auf 14 Millionen an. Auch die Preise für Energie und Gas wurden in vielen Gegenden wiederholt angehoben. Die Lage spitzte sich so weit zu, dass Betroffene und NGOs zu drastischen Mitteln greifen, um auf die besorgniserregende Situation im Nordosten aufmerksam zu machen. Von Ende Juli bis Anfang August ziehen 90 Vertreter*innen knapp 3.000 Kilometer in einer Karawane gegen Hunger⁵ aus dem semiariden Nordosten von Caetés (PE) nach Curitiba (PR). Von Pernambuco

¹ <http://www.ihu.unisinos.br/78-noticias/579737-estamos-caminhando-com-muita-indignidade-para-voltar-ao-mapa-da-fome>

² <http://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2018/03/brasil-pode-voltar-ao-mapa-da-fome-onu-faz-campanha-pela-seguranca-alimentar>

³ <http://www6.ensp.fiocruz.br/radis/revista-radis/186>

⁴ <http://mpabrasil.org.br/governo-temer-abandona-por-completo-a-pequena-agricultura-afirma-mpa/>

⁵ <http://www.ihu.unisinos.br/580707-povos-do-semiarido-percorrem-mais-de-2-mil-quilometros-para-denunciar-volta-da-fome>

aus wollen sie die Hauptstadt Paranás erreichen. Strategische Zwischenstopps sind die Feira de Santana (BA) und Guararema (SP). Abschließend wird die Gruppe vor den obersten Bundesgerichtshof STF nach Brasilia ziehen.

Schwerpunktthema: Kampf gegen Agrargifte und Gentechnik XXL

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sowie Fischer*innen wehren sich, weil neue Vergiftungen von Wasser und Böden drohen. Mit der Gesetzesinitiative PL 6299/02 wird die Flexibilisierung des Einsatzes von Agrargiften⁶ angestrebt. Landwirtschaftsminister Blairo Maggi ist Teil der politisch mächtigen industriellen Agrar- und Viehzüchterlobby Brasiliens. Er unterstützt die Initiative, der im Juni eine Sonderkommission des Parlaments zustimmte. Angestrebt wird die Freigabe von Pestiziden für den Markt, bevor sie ausreichend auf Risiken für die Gesundheit getestet werden konnten. Zudem bedeutet der beabsichtigte Umbau des seit 2002 vorgeschriebenen Registers krebserregender Agrargifte, dass Risiken und gesundheitliche Folgen für den Verbraucher in Zukunft verschleiert werden, da Landwirte den Einsatz von Agrargiften nicht mehr kennzeichnen müssten. Sprachlich ist die Verschleierung bereits erfolgt. So kommen heute *Defesivos fitosanitários* oder *produtos de controle ambiental*, sogenannte Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft zum Einsatz. Von Gift und gesundheitlichen Folgeschäden keine Rede! Brasilien ist Weltmeister im Einsatz von Agrargiften. Allein 2014 wurden 500.000 Tonnen Agrargifte auf die Felder ausgebracht. Laut der Geografin Larissa Bombardi⁷ von der Universität São Paulo (USP) erreicht die Konzentration in einigen Staaten 12-18kg je Hektar. Die Zuständigkeit für die Zulassung von Agrargiften soll in Zukunft allein beim Landwirtschaftsministerium MAPA liegen. Bislang sind die Umweltbehörde IBAMA und die Gesundheitsbehörde ANVISA bei der Beurteilung und Entscheidung beteiligt.

Alan Tygel⁸ von der brasilianischen *Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida* spricht auf der Jahreshauptversammlung der Bayer AG im Mai 2018 von jährlich 6.000 Menschen, die wegen Intoxikation durch Agrargifte medizinisch behandelt werden müssen. Die realen Zahlen schätzt er um das zehnfache größer ein. Brasilien sei Europas Müllhalde für Agrargifte für Konzerne wie Bayer, der vor kurzem Monsanto übernommen hat. Skandalös ist der Umstand, dass 30% der für Brasilien zugelassenen Agrargifte in Europa längst verboten sind. Brasilien verspricht sich skrupellos Profite durch den Verkauf von Agrargiften. Erhofftes ökonomisches Wachstum lässt Risiken wie Krebs- und andere Gesundheitsschäden, Verlust von Wasser- und Bodenqualität, Klimaveränderungen und eine Dezimierung der Artenvielfalt außer Acht. 2014 war Bayer in Brasilien das Unternehmen, das am zweitmeisten Agrargifte verkaufte. Nach dem Kauf von Monsanto wird Bayer mit einem Marktanteil von 23% an der Spitze ankommen. KoBra hat die Rede von Alan Tygel⁹ bei der Bayer-

⁶ <http://www.ihu.unisinos.br/580379-o-ministro-da-agricultura-apoia-o-pacote-do-veneno>

⁷ <http://terradireitos.org.br/noticias/noticias/se-o-pl-do-pacote-do-veneno-for-aprovado-vamos-abrir-a-brecha-para-o-caos-aponta-larissa-bombardi/22861>

⁸ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/das-brasilien-von-bayer.-das-brasilien-von-monsanto>

⁹ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/das-brasilien-von-bayer.-das-brasilien-von-monsanto>

Hauptversammlung auf der Website dokumentiert und zusätzlich einen zweisprachigen Podcast¹⁰ mit Christian Russau und Alan Tygell erstellt.

Global beherrschen drei Konzerne¹¹ 60% des Saatgut- und Pestizidbereichs. Neben Bayer ist dies Chem China, der Syngenta übernommen hat. Syngenta wiederum hatte kurz zuvor die brasilianischen Firmen Strider und Agtech geschluckt. Die beiden US-amerikanischen Konzerne DuPont und Dow Chemical haben sich hingegen nach erfolgter Fusion erneut in drei Konzerne aufgespalten (Dow, Dupont und Corteva Agriscience) Nach einer Umfrage von IBOPE schätzen 81% der Brasilianer*innen den Einsatz von Agrargiften in ihrem Land als hoch ein. Laut Greenpeace handeln die Parlamentarier*innen damit gegen den Willen der Bevölkerung. Mit der Kampagne #ChegaDeAgrotóxicos¹² (Stoppt Agrargifte! Sie wollen noch mehr Gift auf unseren Teller bringen) mobilisiert die Umweltorganisation gegen das Gift-XXL Paket und die angestrebten Lockerungen für Agrargifteinsatz.

Die Opposition gegen Agrarlobby und Pharmakonzerne hat sofort reagiert und ebenfalls eine Gesetzesinitiative eingereicht. Wissenschaftler*innen, Unterstützer*innen der Agrarökologie, Umweltschützer*innen, Gesundheitsorganisationen sowie Mitarbeiter*innen der Umweltbehörde IBAMA schlagen mit der PF 6670/16 unter dem Kürzel Pnara (*Política Nacional de Redução de Agrotóxicos*) eine Nationalpolitik zur Reduzierung von Agrargiften vor. Die Juristin Naiara Bittencourt¹³ von Terra de Direitos rät der Pnara, weitere Strategien anzuwenden: Eine Vereinfachung der Meldeverfahren von Pestizideinsatz; die Haftbarmachung von Agrargiftherstellern; die Ausweisung von Bannzonen für Agrargifte und genmanipulierte Pflanzen in Schutzgebieten sowie Territorien von Indigenen und Quilombolas, in Kindergärten, Schulen und agrarökologischen Landreformsiedlungen. Außerdem regt sie die Möglichkeit einer Klage wegen kollektiver Schäden an, um sich juristisch gegen die politische Dominanz der agrarindustriellen Produktion zu wehren.

Auch die Vertretung der Kleinbäuerlichen Landwirtschaft Via Campesina beklagt den politischen Trend, dass Entscheidungsbefugnisse immer stärker zentralisiert werden. Gleichzeitig wird den Kleinbauern autonomes Wirtschaften immer weiter erschwert, da die industrialisierte Landwirtschaft über die Politik Abhängigkeiten von kommerziellem Saatgut, Pestiziden, Gentechnik steuert und auch Bereiche wie Kreditvergabe und Landzugang/Landreform steuert. So werden inzwischen 43% der Agrarkredite an Bauern mit einer Fläche von über 1.000 Hektar vergeben.

Unter dem positiven Narrativ von Hungerbekämpfung und Nährwerterhöhung steigert die sehr technisch orientierte CTN Bio (Comissão Técnica Nacional de Biossegurança) ihren Einfluss. Die Kommission ist verantwortlich für Zulassungsfragen von gentechnisch verändertem Pflanzen- und Saatgutmaterial. Ihr wird wenig Naturschutzbezug nachgesagt. Nach einer neuen Gentechnik-Resolution (Resolução Normativa 16/2018) entscheidet allein die CTN Bio, was als genetisch einzustufen ist. Kläger*innen – wie bislang Jurist*innen der NGO terra de direitos - geht damit die rechtliche Handhabe gegen die Ausbreitung von genetisch verändertem Pflanzenmaterial verloren. In einem Workshop über Bioökonomie beim Weltsozialforum informiert eine Vertreterin von terra de

¹⁰ <https://mais1cafe.org/2018/06/14/de-bayer/>

¹¹ https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas2017_iii_web.pdf?dimension1=ds_konzernatlas

¹² https://www.chegadeagrototoxicos.org.br/?utm_source=referral&utm_medium=p3&utm_campaign=agrototoxicos&utm_content=gpbr_blog_20180614

¹³ <http://terradedireitos.org.br/noticias/noticias/pacote-do-veneno-quis-sao-as-mudancas-propostas-pelos-projetos-de-lei-para-uso-de-grotoxicos-no-brasil/22825>

direitos über die kommerzielle Zulassung folgender gentechnisch veränderte Sorten von CTN Bio 15 Baumwollsorten, 40 Weizensorten, 14 Sojasorten, 1 Bohnsorte, 1 Eukalyptussorte, 1 Zuckerrohrsorte sowie eine Moskitoart, die gegen Malaria und Dengue eingesetzt werden soll.

Die sozialen Bewegungen wehren sich gegen die neue Gentechnik-Resolution und den Vormarsch der Pflanzenzüchtung. Sie sehen darin einen Angriff auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die Ernährungssouveränität und eine intakte Umwelt. Die Beschwerde ging an die Bundesstaatsanwaltschaft.

Trockenblumenpflücker*innen der Serra do Espinhaço können Schutzstatus eines globalen Welterbes für traditionelle Agrarsysteme bei der FAO erlangen¹⁴

Wasser ist kostbar und kann viele Funktionen erfüllen, einige davon sind überlebensnotwendig. Das wissen Tatinha und Aldair Souza nur zu gut. Ihren sonnegegerbten Gesichtern sieht man die harte Arbeit an. Das Paar lebt im Norden des brasilianischen Bundesstaats Minas Gerais am Fuße der Hochebene Serra do Cabral. Sie gehören zu einer von 20 Gemeinschaften von Blumenpflücker*innen, die sich mit 750 Familien seit Generationen neben ihrer landwirtschaftlichen Grundversorgung auf die Bewirtschaftung besonderer Wildblumen, Samenschoten und Früchte spezialisiert haben. Als Mitglied beim regionalen Zusammenschluss traditioneller Gemeinschaften CODESEX werden sie von dem agrarökologischen Dachverband CAA unterstützt, der traditionelle Bevölkerungsgruppen im Cerrado beim Kampf um ihre Landrechte sowie bei der Ausarbeitung von nachhaltigen Nutzungsplänen für die gemeinsam genutzten Gebiete unterstützt. „Das Hochgebirge des semiariden Cerrados ist der Wasserspeicher für weite Bereiche Brasiliens“, erklärt Tatinha, „einige der größten Flüsse des Landes haben hier ihr Quellgebiet. Damit gilt es sensibel umzugehen. Als Bauern und Blumenpflücker*innen sind wir von der Natur und vom Wasser abhängig, wir leben eng mit natürlichen Kreisläufen und Prozessen zusammen.“ Die Bewirtschaftung der 240 Wildblumenarten erfordert das kontrollierte Brennen der Flächen in wiederkehrenden Rhythmen, dieses Wissen wird über die Generationen tradiert. Zur Erntezeit steigen die Familien drei bis sechs Monate lang auf die Hochplateaus, wo sie Blumen wie die *sempre viva* (Hauswurz) und andere dekorative Arten ernten, Samenkapseln und Früchte sammeln sowie Rinden, Öle und Fasern gewinnen. Ähnlich den Bergbauern und -bäuerinnen der Alpen wohnen sie für diesen begrenzten Zeitraum in Schutzhütten, die sie vor Ort mit Hilfe von Naturmaterialien in der Felswand anlegen. Ihre besonderen Produkte gelangen durch den Export nach Europa, in die USA und nach Asien und finden im dekorativen Bereich (z.B. Ikebana) Verwendung.

Seit 2007 kämpfen die Blumenpflücker*innen allerdings gegen unterschiedliche Bedrohungen und erhalten dabei immer wieder Unterstützung von CAA. 2012 war auf der Serra ein Nationalpark gegründet worden, der einen rein konservierenden Naturschutz vorsieht. Traditionelles menschliches Wirtschaften ist darin unter Strafe gestellt. Feuermanagement und Siedeln sind innerhalb der Parkgrenzen nicht länger gestattet, dies führt zu existenziellen Konflikten. „ Diese Art von Naturschutz missachtet den Anteil der traditionellen Völker und Gemeinschaften am Naturerhalt. Über derartige Gesetze werden wir verdrängt. Unser Wissen droht verloren zu gehen“, beklagt Altair. Der Gang ins Gelände zeigt die zweite Bedrohung der Gemeinschaft: Wertvolles Gesteinsmaterial

¹⁴ <http://www.terradedireitos.org.br/noticias/noticias/modo-de-vida-de-apanhadores-de-flores-semprevivas-pode-ser-reconhecido-como-primeiro-patrimonio-agricola-mundial-no-brasil/22862>

lockt Unternehmen des Bergbausektors in die Region. Natursteine seien in Europa und Saudi-Arabien gefragt, erläutert Fernanda Cruz, die das Projekt wissenschaftlich begleitet. Ohne Ankündigung und Folgenabschätzung werden Probesprengungen vorgenommen, wodurch sich Gesteinssegmente so stark verschieben, dass das sensible Wasserführungssystem der Erdschichten im Inneren durcheinander gerät. Altair zeigt uns einen Bach, der seit der Sprengung trockengefallen ist. Die oberhalb liegende Quelle ist im Berg verborgen. Sie stellt die einzige Wasserzufuhr für die Blumenpflücker*innen dar. Nun gilt es schnell zu handeln. Bei allen zuständigen Behörden und politischen Gremien Alarm zu schlagen, auch mit internationaler Unterstützung. Hier tritt HEKS (Hilfswerke der Evangelischen Kirche Schweiz) als anwaltschaftliche Vermittlungsinstanz auf. Da sie über Jahre hinweg traditionelle bäuerliche Gemeinschaften wie die *Geraizeros* oder die Blumenpflücker*innen in ihrer Arbeit unterstützt und begleitet, kann sie ihnen im Konfliktfall Zugang und Gehör zu politischen Gremien wie einem Stadtparlament oder einem Landtag verschaffen. Es ist Aufgabe der Politik – sei es auf internationaler, nationaler, bundesstaatlicher, regionaler oder kommunaler Ebene - Regelungen zur Nutzung von Ressourcen zu erlassen und diese auch zu kontrollieren. Nach dem Exposure-visit sprechen die Blumenpflücker*innen zusammen mit einer internationalen Delegation bei Politiker*innen auf verschiedenen politischen Ebenen vor und ersuchen diese um Unterstützung.

Schweizer Erfahrungen mit unterschiedlichen Schutzkategorien wie dem Biosphärenreservat, das menschliche Nutzung als Teil eines integralen Naturschutzmanagements einschließt, nimmt die Gemeindeverwaltung von Buenópolis interessiert entgegen. Das Recht auf Wasser als öffentliches Gut, wie es die Blue Community propagiert, wird dem Gemeinderat von Montes Claros vorgestellt. Neue Perspektiven der Vermarktung geeigneter Produkte und Erfolge eines sanften Tourismus werden im Landtag debattiert. Aber auch die Voraussetzungen, die Politik schaffen muss, dass die traditionelle Wirtschaftsweise der Blumenpflücker*innen und das fragile Ökosystem langfristig über ein Wasserobservatorium geschützt werden können.

Seit Juni läuft eine Bewerbung bei der FAO um das Siegel GIAHS (*global important agricultural heritage system*), das nach sorgfältiger Prüfung das erste Pilotprojekt in Brasilien für „Landwirtschaftliches Weltkulturerbe von globaler Wichtigkeit“ werden könnte. Beim alljährlichen Fest der Trockenblumenpflücker*innen wurde die Bewerbung an die FAO offiziell überreicht. Die Antwort wird in einem Jahr erwartet. Das Siegel existiert seit 2002 zur Stärkung und Bewahrung traditioneller Agrarsysteme. Voraussetzung ist eine hohe landwirtschaftliche Artenvielfalt in Zusammenhang mit kulturellem Kulturerbe in bedrohten Ökosystemen. Bisher ist das Siegel in Brasilien nicht vergeben. Wissenschaftler*innen, Berater*innen und CAA begleiten den Bewerbungsprozess und stärken darüber die Blumenpflücker*innen, deren Wirtschaftsweise nun Teil einer positiven Agenda wird. Davon lassen sich sowohl die Gruppe Gemeinderat*innen in Buenópolis überzeugen wie auch Politiker und Staatssekretäre im Landtag von Belo Horizonte. Ob den Versprechen und positiven Reaktionen der politischen Vertreter*innen auch entsprechende Taten folgen, ob das Thema weiter auf ihrer Agenda bleibt, - die internationale Aufmerksamkeit hilft, am Ball zu bleiben und nicht locker zu lassen.

Die Koordinatorin des kleinbäuerlichen Genossenschaftsverbands CAA Leninha Alvez de Souza weist darauf hin, dass traditionelle Systeme mit ihren kollektiven Nutzungsformen sorgsam mit Wasser und Böden umgehen, da ihre Ernährungssouveränität von ihnen abhängt. Das Gegenteil passiere bei Unternehmen mit Eukalyptus- und Sojapflanzungen, die sich in der Region stark ausbreiten und nach Profitmaximierung ausgelaugte Böden sowie Grundwasserabsenkungen nach sich ziehen. Die

Wasseraufnahmekapazität des Bodens gehe in der Monokultur deutlich zurück. Das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell sei unerträglich, sagt sie, ohne Wasser gäbe es kein Leben. So lautet die einfache Botschaft des Cerrados.

*Der Text ist die gekürzte Fassung eines Artikels, der im November 2018 in der Publikation *handeln* von HEKS/EPER erscheinen wird.

Bittersüßes Stevia – Guaraní kämpfen gegen Biopiraterie

Zuckerfreie oder zuckerreduzierte Nahrungsmittel und Getränke sind in den Industrienationen en vogue, sei es um Übergewicht vorzubeugen oder der Gesundheit etwas Gutes tun zu wollen. Um gleichzeitig Geschmacksmuster nicht völlig verändern zu müssen, nutzt die Industrie inzwischen Zuckerersatzstoffe oder auch Süßstoffe. Zum Beispiel die Steviolglycoside, die aus einer Pflanze gewonnen werden, die hier vor Jahren noch kaum jemand kannte: Stevia. Bestechend ist, dass Stevia 300-fach süßer ist als Zucker, dabei aber keine Kalorien enthält und weder Diabetes noch Karies hervorruft.

Die zerkauten Blätter der Steviapflanze schmecken süß. Ihre Herkunftsregion ist das Gebiet von Guaraní Gruppen im Grenzgebiet zwischen Brasilien und Paraguay. Die Wirkung ist den Guaraní schon lange bekannt, sie gehört zum traditionellen Wissen der Indigenen. Die etwa 46.000 Guaraní Kaiowá auf der brasilianischen und die rund 15.000 Guaraní Pa'itavyterá auf der paraguayischen Seite der Grenze bewohnen nur noch einen winzigen Teil ihres ursprünglichen Territoriums, das früher hauptsächlich aus Wäldern bestand. Die Entwaldungsrate Paraguays gehört zu den höchsten weltweit: In den 40 Jahren hat das Land mehr als die Hälfte seines Waldbestands verloren — vor allem auf Kosten von Weideland. Die extensive Rinderzucht beansprucht 31 der 40 Millionen Hektar des Landes. Die Guaraní leben heute in kleinen Gemeinschaften, eingeschlossen zwischen riesigen Betrieben und Soja- oder Zuckerrohrfeldern. Da man sie ihres Jagd-, Fisch- und Sammelgebiets beraubt hat, bleibt ihnen oft keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft unter prekärsten Bedingungen zu verkaufen. Mitverantwortlich für die riesigen Soja- und Zuckerrohr-Monokulturen sind ausgerechnet Firmen wie Cargill und Coca-Cola – also genau jene Unternehmen, die nun mit Süßstoffen auf Steviabasis ein großes Geschäft wittern. Aufzuhalten sind sie nicht mehr, da die Industrie sich das Wissen bereits angeeignet hat. Laut UNO-Biodiversitätskonvention und Nagoya-Protokoll hätten die Konzerne die Guaraní vorher um ihr Einverständnis fragen müssen. Das ist nicht geschehen. Eine Beteiligung an den Gewinnen bzw. eine Unterstützung der Landansprüche der Guaraní ist zu keinem Zeitpunkt erfolgt. Die Kommerzialisierung von Stevia ist nicht mehr aufzuhalten. Aber für eine Entschädigung in Form von Land ist es noch nicht zu spät. Den größten Marktanteil am Geschäft mit Steviaglycosiden halten mit 95% chinesische Firmen. Multinationale Konzerne der Bereiche Agrarrohstoffe, Biotechnologie, Getränke und Lebensmittel vermarkten Stevia als die Zuckerersatzpflanze der Zukunft. Sie haben sich Hunderte von Patenten gesichert. Ein klarer Fall von Biopiraterie, gegen den seit 2015 Organisationen wie Public Eye/Bern/CH, Misereor, Pro Stevia Schweiz und zwei NGOs aus Paraguay mobil machen. Gemeinsam haben sie die Publikation „Der bittersüße Geschmack von Stevia“¹⁵ herausgebracht.

¹⁵ <http://www.db.zs-intern.de/uploads/1448007498-2015Stevia.pdf>

2018 bringen Cargill (Sitz in Kopenhagen) und Evola (Sitz in Basel) das neue Zuckerersatzprodukt auf Stevia-Basis Eversweet auf den Markt. Laut Schätzungen geht es um 300 Millionen CHF Umsatz. Nach Vorgaben des 2014 ratifizierten Nagoya Protokolls müssten die Unternehmen die Guaraní mit 1% an ihrem Umsatz beteiligen. Das wäre der Vorteilsausgleich für die Nutzung genetischer Ressourcen. In den europäischen Industrieländern war die Verwendung von Stevia-Blättern als Süßungsmittel bis 2017 verboten. Weltweit geht man von einem Umsatz von 11 Milliarden CHF durch Stevia in Bonbons und Softdrinks aus. Große Firmen wie Evola / Cargill und Nestlé, aber auch kleinere Firmen, zeigen Interesse an einem Musterabkommen für den gerechten Vorteilsausgleich (Benefit Sharing) mit dem Guaraní-Volk. Die Guaraní müssen, teils mit internationaler Unterstützung von EZ-Organisationen¹⁶, Strukturen aufbauen und definieren, wofür sie das Benefit Sharing einsetzen wollen und wie die Entscheidungs- und Aufsichtsmechanismen aussehen sollen. Dieser Prozess wird wohl bis Ende 2018 dauern. Besonders für die Guaraní Kaiowá in Brasilien wäre ein Erfolg dieser Verhandlungen ein großer Fortschritt. Bislang ignorieren die meisten globalen Konzerne die Errungenschaften des Nagoya-Protokolls.

Bewegung der Kleinfischerei drängt auf rechtliche Anerkennung und Unterstützung

Die Bewegung der Kleinfischerei MPP brachte im Juni bei einem internationalen Seminar in Olinda (PE) Teilnehmer*innen aus Costa Rica, Trinidad und Tobago sowie Vertreter*innen der FAO mit brasilianischen Fischer*innen zusammen. Brasilien hat Nachholbedarf bei der Implementierung der Richtlinie für Kleinfischerei¹⁷, die 2014 von der FAO veröffentlicht wurde und in anderen Ländern bereits politische Fortschritte verzeichnen konnte. Bei der Richtlinie handelt es sich um ein Instrument zur Armuts- und Hungerbekämpfung. Sie zielt auf die Regelung von Besitz- bzw. Bewirtschaftungsrechten für Gewässer ab. Aber auch auf die Anerkennung des schützenden Beitrags von Kleinfischerei-Gemeinschaften für den Schutz von Ökosystemen sowie die Anerkennung ihrer Wertschöpfungsketten.

Kleinfischer*innen leiden besonders unter der Verschmutzung von Gewässern durch Raffinerien und andere industrielle Belastung sowie durch den Ausbau großer Industrie-Häfen. Davon wird auch der ökologisch wertvolle Mangrovenwald immer weiter zurückgedrängt. Fehlendes Management unter nachhaltigen Gesichtspunkten für Küstenbereiche sowie Uferzonen von Flüssen und Seen haben direkte Auswirkungen auf die Menge und Qualität von Nahrungsmitteln, in Form von Fisch und Meeresfrüchten. Aber auch der unzureichende Rechtsanspruch für die Gewässer-Nutzung im Sinne eines terrestrischen Territoriums, wie Quilombolas, Indigene oder andere traditionelle Gruppen ihn für sich beanspruchen, ist immer wieder Ziel von Kampagnen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen der Bewegung der Kleinfischer*innen in Brasilia.

Das FAO-Dokument würdigt die Kleinfischerei, denn Fisch gilt weltweit als wichtige Proteinquelle für Milliarden von Menschen. Er leistet einen großen Beitrag zur Ernährungssouveränität. Über 90% des globalen Fischfangs wird der Kleinfischerei zugerechnet. Das Handwerk der Kleinfischerei wird fast zur Hälfte von Frauen ausgeübt. Nach Abzug des Eigenbedarfs fließt 50% des Fischfangs der Kleinfischerei der Vermarktung zu.

¹⁶ http://prostevia.ch/de/news_pdf/Jahresbericht_2016.pdf

¹⁷ <http://peloterritoriopesqueiro.blogspot.com/>

Europäisches Parlament unterstützt Erklärung der Kleinbauernrechte

Das Europäische Parlament hat Ende Mai 2018 eine Resolution angenommen, die Minderheitenrechte von Indigenen und ihren Schutz gegen Landgrabbing regelt. Darin ist auch der Aufruf an die EU und ihre Mitgliedstaaten enthalten, 2018 bei der Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat für die Erklärung internationaler Kleinbauernrechte zu stimmen.

Resolution on violation of the rights of indigenous peoples in the world, including land grabbing (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&mode=XML&reference=A8-2018-0194&language=EN>)

FIAN-Studie zu Finanzverbindungen zwischen Landgrabbing in Matopiba-Region und Investitionen von europäischen Pensionskassen

FIAN fordert von Bundesregierung schärfere Regulierung von Pensionsfonds / vollständige Studie hier abrufen: <https://bit.ly/2tCUFnX>

Eine Studie der Menschenrechtsorganisation FIAN deckt auf, wie internationale Investmentfonds und Pensionskassen die Existenz ländlicher Gemeinden im Nordosten Brasiliens zerstören. Die massive Ausweitung der Agrarwirtschaft in der Region Matopiba – einer Fläche von rund 73 Millionen Hektar in den Bundesstaaten Maranhão, Tocantins, Piauí und Bahia – schädigt lokale Ökosysteme und bedroht die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Auch führt der Ausbau der industriellen Landwirtschaft, vor allem von Soja, zu extremer Entwaldung. Die Matopiba-Region beherbergt rund 5% der weltweiten Biodiversität und ist somit ökologisch ebenso wichtig wie das Amazonasgebiet.

Pensionsfonds aus den USA und Europa haben Hunderte von Millionen Dollar in brasilianisches Ackerland investiert. Allein der US-amerikanische Investor TIAA, in den u.a. die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe, der Pensionsfonds AP2 der schwedischen Regierung sowie der niederländische Pensionsfonds ABP investiert haben, hat in Brasilien fast 300.000 Hektar Agrarflächen gekauft. „Die Fonds sind zwar nicht selbst an der Vertreibung der örtlichen Bevölkerung beteiligt, aber sie sind ein wesentlicher Bestandteil dieser destruktiven Entwicklung. Denn die Pensionskassen profitieren unmittelbar von Bodenspekulation und steigenden Grundstückspreisen“, so Philip Seufert von FIAN International.

Die Heimatstaaten der Fonds – darunter Deutschland – haben es versäumt, eine wirksame Regulierung zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten einzuführen; stattdessen setzen sie auf freiwilliges Engagement der Investoren. „Ein solcher Ansatz überlässt die Rolle des Schiedsrichters ausgerechnet denjenigen Akteuren, die in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Hierdurch verletzen die beteiligten Staaten ihre menschenrechtlichen Pflichten. Die Renten in den USA und Europa dürfen nicht auf dem Rücken ländlicher Gemeinden in Brasilien gesichert werden!“, so Seufert weiter.

Roman Herre von FIAN Deutschland fordert eine staatliche Regulierung von Auslandsinvestitionen, speziell von Pensionsfonds: „Deutsche Aufsichtsbehörden dürfen nicht nur – wie bisher – den Werterhalt solcher Anlagen prüfen, sondern müssen sie auch auf die Einhaltung von Menschenrechten abklopfen und notfalls haftbar machen“. Pensionsfonds halten derzeit weltweit über 40 Billionen US Dollar – also 40.000 Milliarden! – und haben sich innerhalb weniger Jahre zu

einem Schwergewicht der Finanzbranche entwickelt. „Eigentlich wäre es die Aufgabe deutscher Behörden, Untersuchungen zu den menschenrechtlichen Risiken solcher Auslands-Investitionen durchzuführen“, so Herre weiter.

Bis Januar 2019 muss die Bundesregierung die EU-Richtlinie über die „Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung“ (EbAV II-Richtlinie) in nationales Recht überführen. FIAN Deutschland hat in der vergangenen Woche eine Stellungnahme beim Bundesfinanzministerium eingereicht, in der eine Einhaltung der Menschenrechte bei Investitionen von Pensionsfonds gefordert wird.

Die von FIAN und rund 30 Partnergruppen aus Europa, den USA, Kanada und Brasilien veröffentlichte Studie zeigt, dass in Brasilien ganze Gemeinden vertrieben werden. Böden und Gewässer werden durch Agrarchemikalien kontaminiert. Viele Betroffene verlieren ihre Existenz und wandern in die Städte ab, wo sie in Slums ihre Existenzen in prekären oder illegalen Verhältnissen zu sichern versuchen; als Alternative bleibt meist nur die Arbeit unter prekären, oft sklavereiähnlichen Bedingungen in den Agrarbetrieben, die nun ihr ehemaliges Land besetzen. Zugleich nimmt die Gewalt gegen kommunale Anführer zu – allein im vergangenen Jahr wurden in Brasilien 70 Menschenrechts-Verteidiger*innen ermordet.

„Die Landnahme selbst erfolgt meist durch lokale Akteure. Dahinter stehen jedoch in vielen Fällen internationale Investoren. Wesentlicher Bestandteil dieses Geschäfts ist die Fälschung von Landtiteln zum Erwerb von illegal angeeignetem Land“, so Isolete Wichinieski von der Comissão Pastoral da Terra (CPT), einer brasilianischen Organisation, die eng mit ländlichen Gemeinden zusammenarbeitet. „Die Einheimischen besitzen selten formelle Landtitel, aber das brasilianische Recht erkennt die Rechte an, die sie durch die Nutzung ihres Landes über Generationen hinweg erworben haben“, so Wichinieski weiter.

Fábio Pitta vom brasilianischen Network for Social Justice and Human Rights ergänzt: „Die Matopiba-Region ist Zeuge einer Umwandlung von Land in ein finanzielles Gut. Dieser Prozess ist eine direkte Folge des wachsenden Einflusses der globalen Finanzwirtschaft“. Die brasilianischen Regierungen haben die Expansion des Agrobusiness durch erhebliche Subventionen gefördert; die großen Sojamonokulturen erreichten die Matopiba-Region etwa seit dem Jahr 2000. „Internationale Investoren finanzieren seit jeher die agroindustrielle Produktion Brasiliens. Neu ist, dass seit der Finanzkrise vor zehn Jahren das Land selbst zum Ziel von Finanzakteuren geworden ist - unabhängig von der agroindustriellen Produktion darauf“, so Pitta weiter.

Aktuelles von KoBra

Die KoBra Frühjahrstagung 2018 in Köln¹⁸ zählte 50 Teilnehmende, die sich im Allerweltshaus über das Thema „Wahlen, Wut und Widerstand...und die neue Macht des Agrobusiness“ informierten und in Diskussionen austauschten. Die industrialisierte Landwirtschaft und Entwicklungen der Bioökonomie werden in der öffentlichen Wahrnehmung und in den Medien in Brasilien zunehmend als trendy, als Pop verkauft. Zwei brasilianische Doktorand*innen der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, ein Doktorand der Freien Universität Berlin sowie zwei Gäste der Landlosenbewegung MST brachten die Diskussionsbasis ein. In Arbeitsgruppen wurden 1. Zusammenhänge zwischen Agrobusiness und

¹⁸ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/2018>

Medienkonzentration als machtwirksame Struktur sowie 2.Landkonflikte und politische Brüche nach dem Putsch 2016 analysiert. Eindrücke vom Weltsozialforum und die neue Militarisierungswelle in Rio de Janeiro rundeten das Tagungsprogramm ab. Während der KoBra-Mitgliederversammlung im Rahmen der Frühjahrstagung konnte eine Stellungnahme „Demokratie in Brasilien in Gefahr“¹⁹ verabschiedet werden, die anschließend an deutsche Politiker*innen verschickt wurde und in den folgenden Wochen über die KoBra-Website unterzeichnet werden konnte. 14 Organisationen und 105 Einzelpersonen haben die Stellungnahme namentlich unterschrieben. Diese politische Aussage konnten die MST-Gäste auf ihrer weiteren Rundreise zu politisch Verantwortlichen in Deutschland nutzen, um über die Situation in Deutschland und die hiesige Solidarität zu informieren.

Der Runde Tisch Brasilien 2018²⁰ findet vom 16.-18.11. in Bonn statt. Neben der Wahlanalyse und der genaueren Betrachtung der politischen Situation wird die Fachtagung das Thema „Jugend Brasiliens – Mitreden und Zukunft gestalten“ aufgreifen. Die Gäste kommen aus Medienkollektiven im Favela-Kontext, aus der partizipativen Jugendarbeit mit marginalisierten Jugendlichen, alternativen Bildungseinrichtungen oder der Auseinandersetzung junger Menschen mit alltäglicher Gewalt und Rassismus. Die Jugend Brasiliens hat sich bereits politisch zu Wort gemeldet, sie ist jedoch nicht im klassischen Sinne organisiert und will sich auch von Parteistrukturen nicht vereinnahmen lassen. In unsicheren politischen Zeiten und angesichts fragiler demokratischer Strukturen erscheint die Stärkung der Jugend für den Aufbau einer gerechteren Zukunft unerlässlich. Neben Information und Diskussion wird es Gelegenheit für Vernetzung von Solidaritätsarbeit und eigenen Beiträgen geben.

¹⁹ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/mitmachen/eilaktionen/stellungnahme-kobra-demokratie-in-brasilien-in-gefahr>

²⁰ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2018/runder-tisch-brasilien>